

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/35

19. Februar 1973

Hier und heute anpacken !

Zur Wahl Dr. Eplers zum SPD-Landesvor-
sitzenden.

Seite 1 und 1a / 56 Zeilen

Wer spricht für die CDU ?

Neue Variante des Themas Gemeinsamkeit

Seite 2 / 39 Zeilen

Jetzt kommt die Ersatzdienst-Reform

Koalitionsparteien werden ihren Gesetzent-
wurf durchsetzen

Von Günter Biermann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 und 4 / 71 Zeilen

Zur Diskussion um die Presse

Nicht ideologischer Streit, praktisches
Handeln ist nötig

Von Eugen Stotz
Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier

Seite 5 und 6 / 39 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 89 37 - 38
Telex: 888 846 / 806 847
896 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Hier und heute anpacken !

Zur Wahl Dr. Epplers zum SPD-Landesvorsitzenden

Die älteste Partei Deutschlands, die deutsche Sozialdemokratie, ist zugleich auch die geistig lebendigste Partei mit wachsender Ausstrahlungskraft auf die junge Generation. Dieser Vorgang findet keine Parallele in der hundertjährigen wechselvollen Geschichte unseres Landes. Der Drang, Staat und Gesellschaft zu erneuern, sie zu wohnlicher Heimstatt aller Bürger werden zu lassen, ein Höchstmaß an Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen und gute Nachbarschaft nach innen und nach außen zu halten, bewährte diese Partei vor innerer Erstarrung und stellt ihr immer neue Aufgaben. "Wir sind der Schwerpunkt dieser Gesellschaft geworden, weil wir den Mut hatten, als demokratische Sozialisten anzupacken, was hier und heute angepackt werden muß". Diese Worte des neuen SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Bundesminister Dr. Erhard Eppler MdB, kennzeichnen den Standort der Sozialdemokratie und die Richtung ihres Wollens. Wer diese Gesellschaft am konsequentesten und beharrlichsten zu verändern imstande ist, wird die deutsche Politik für die nächsten Jahrzehnte bestimmen. Ohne fortdauernde bewußte Erneuerung könnte in dieser Welt des raschen Wandels eine Partei wie die SPD allerdings auch nicht bestehen.

Diese auf Erneuerung bedachte Politik stößt auf erbitterten und leidenschaftlichen Widerstand der rückwärts gewandten konservativen Kräfte. Sie beschwören die Gefühle der Angst und der Furcht und zaubern ein Gruselbild von einer Gesellschaft, in der sich die Macht der Mächtigen nicht ungehemmt zugunsten der Schwachen ausbreiten darf. Freilich kam die Verteufelung der Sozialdemokraten und der sozialliberalen Koalition den Unionsparteien

am 19. November 1972 teuer zu stehen. Mit der Agitation der Angst lassen sich keine Geschäfte mehr machen. Trotzdem versucht sich die CDU wieder in ausgefahrenen Geländen. So erklärte sie den neugewählten SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg zum "Bürgerschreck", weil er mit seinen gesellschaftsreformatorischen Vorstellungen - es sind die Vorstellungen der SPD des Godesberger Programms - Schlimmes im Schilde führe und die Gesellschaft von oben nach unten umkrempeln wolle.

Mit den von der Union bewußt unscharf gehaltenen Begriffe links und linker Mitte wird Schindluder getrieben. Sie werden diffamiert und mit Kommunismus oder "Fastkommunismus" gleichgesetzt. Entspricht aber etwa die Bekämpfung der Bodenspekulation, ein zersetzendes gesellschaftspolitisches Erzübel, dem Geist des Kommunismus? Ist die Sicherung des Mieters vor Willkür und hemmungsloser Profitsucht eine Kampfansage an das private Eigentum? Ist die zu erstrebende Gewähr von Chancengleichheit im Beruf und Bildung eine nivellierende Gleichmachei? Mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz, so bitter von den Unionsparteien bekämpft, haben die Arbeitnehmer gewiß nicht das Eigentum am Betrieb erworben, und auch eine paritätische Mitbestimmung von Kapital und Arbeit wird die Anteilseigner nicht zu Almosenempfängern machen.

Die sozialliberale Koalition hat die Mehrheit der Wähler hinter sich, eben weil sie konsequent den Weg unerlässlicher Reformen beschriftet, die unabdingbar notwendig sind, wenn Staat und Gesellschaft den Anforderungen unserer Zeit gewachsen sein sollen. Den Versuch, diesen Weg in die Nähe von Staatskapitalismus östlicher Prägung bringen zu wollen, bleibt allen jenen vorbehalten, die in Phantasielosigkeit und Interessengebundenheit verharren wollen.

(ac/19.2.1973/ks/ez)

+ + +

Wer spricht für die CDU ?

Neue Variante des Themas Gemeinsamkeit

Das Zusammenarbeitsangebot, das der stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Richard von Weizsäcker der Bundesregierung und der Koalition im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik "auf der Basis der in Kraft befindlichen Verträge" gemacht hat, sollte zweifellos ernst genommen werden können, zumal das Ziel der Kooperation Allgemeinwohl sein dürfte. Der prominente CDU-Politiker will "das Beste für die Menschen im geteilten Deutschland, aber auch für die europäische Sicherheit" herbeiführen. Auch die "Bedingung" v. Weizäckers ist akzeptabel, weil sie pure Selbstverständlichkeit ist, auch wenn das gerade die Opposition bisher nicht wahrhaben wollte. Es sollte, so meint der CDU-Politiker, keine Verharmlosung der Tatbestände vorgenommen und nicht der Eindruck erweckt werden, als wäre der Weg zur Entspannung und zum Frieden gewissermaßen die automatische Folge des eigenen guten Willens. Nun gut! Aber ohne die Bekundung des guten Willens auf beiden Seiten wäre es überhaupt nicht zu den Verträgen und damit auch nicht zu dem jetzt vorliegenden Angebot von Dr. von Weizsäcker gekommen.

Die nüchterne Beurteilung der innerbundesrepublikanischen Situation zwingt aber trotz aller Bereitschaft, das Angebot des CDU-Politikers anzunehmen und das notwendige zur Realisierung beizutragen, zunächst einmal zur skeptischen Zurückhaltung. Für wen eigentlich spricht Dr. von Weizsäcker? Spricht er für sich, so ist zwar das ehrenwert und wohl auch mit Genugtuung zu verzeichnen, aber es hilft nicht über den Graben hinweg, den die offizielle CDU gerade erst jetzt wieder in der Debatte über den Grundvertrag seelisch verflocht und erweitert hat.

So wird man wohl oder übel zuwarten müssen, ob und wann die offizielle CDU und schließlich auch die offizielle CSU formal bekunden, daß der stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Richard von Weizsäcker nicht nur für seine Person, sondern für die gesamte Union gesprochen hat. Sollte das so sein, dann wird man sich in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus freilich fragen müssen, für wen denn eigentlich die CDU- und CSU-Politiker gesprochen haben, die bis gestern frontal gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung und ihrer Koalition angehen.

Wer also spricht für die CDU: Der Abg. Dr. Werner Marx oder der Abg. Dr. Richard von Weizsäcker? (ee/19.2.1973/ks/ee)

+ + +

Jetzt kommt die Ersatzdienst-Reform

Koalitionsparteien werden ihren Gesetzentwurf durchsetzen

Von Günter Biermann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

In seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 hatte Bundeskanzler Willy Brandt erklärt, daß die Bundesregierung ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen festhalte. Er wies zugleich darauf hin, daß für die Kriegsdienstverweigerung das Prinzip gerechter Gleichbehandlung gelten müsse. Der Dienst der anerkannten Kriegsdienstverweigerer sollte sinnvoll sein und es sei zu gewährleisten, daß der einen Gruppe Wehrpflichtiger kein größeres Opfer für die Allgemeinheit auferlegt wird als der anderen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hatte die Bundesregierung in der VI. Legislaturperiode den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Zivildienst vorgelegt. Die darin vorgesehenen Neuerungen des Zivildienstes berücksichtigten die bisher gewonnenen Erfahrungen. Der Entwurf trug aber zugleich dem Erfordernis Rechnung, daß die Zahl der zur Verfügung stehenden Dienstplätze für die steigende Anzahl der anerkannten Kriegsdienstverweigerer erhöht werden muß.

Dieser Entwurf, der im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung in einigen Bereichen noch wesentlich verbessert worden war, ist am 21. Juni 1972 gegen die Stimmen der CDU/CSU in dritter Lesung im Bundestag verabschiedet worden. Durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat - die ihren Parteifreunden im Bundestag Schützenhilfe leisten wollte - ist dann der Vermittlungsausschuss angerufen worden. Man wollte dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Umformulierung des § 6 1 (Aufgaben des Zivildienstes) und 2a (Beirat für den Zivildienst) auf Umwegen zum Durchbruch verhelfen. Kurz: Man wollte den Vorgang der Einsatzmöglichkeit von Zivildienstleistenden im sozialen Bereich nicht anerkennen.

Der im Vermittlungsausschuss gefundene und unter Einschluss aller CDU/CSU-Vertreter einstimmig beschlossene Kompromiß ist am 21. September 1972, einen Tag vor Auflösung des Parlaments, von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - die Koalition hatte inzwischen durch Überläufer ihre Mehrheit im Bundestag verloren gehabt - abgelehnt worden. Das Zivildienstgesetz, das die Dienstgerechtigkeit zwischen Wehrdienstpflichtigen und Zivildienstpflichtigen herbeiführen sollte, war somit der Obstruktionspolitik der CDU/CSU

zum Opfer gefallen.

In seiner zweiten Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 hat Bundeskanzler Willy Brandt die Frage des Zivildienstes erneut aufgegriffen. Er führte hierzu aus: "Ich will aber auch bewußt an die Pflichten der jungen Menschen gegenüber dem Staat erinnern. Wir haben die allgemeine Wehrpflicht; sie gilt es, gerecht durchzusetzen. Dazu braucht es auch eine ausreichende Zahl von Ersatzdienstplätzen. Das ist nicht nur ein Gebot der Wehrgerechtigkeit. Das liegt auch im eigenen Interesse der Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, weil so der Anreiz geringer wird, ein Grundrecht durch Mißbrauch abzuwerten. Die Reform des Ersatzdienstes, den wir in einen Zivildienst umwandeln wollen, sollte vom Bundestag möglichst rasch wieder behandelt werden".

Die Koalitionsfraktionen teilen den Wunsch des Bundeskanzlers, im Interesse aller Dienstleistenden alsbald ein neues Zivildienstgesetz zu verabschieden. Noch in diesem Monat werden sie einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Grundlage dieses Entwurfs wird das von der CDU/CSU durch politische Kraftmeierei in zwölfter Stunde im VI. Bundestag verhinderte Gesetz sein. Die Koalitionsfraktionen halten als folgende Postulate fest:

1/ Die Eigenständigkeit des Zivildienstes ist stärker als bisher zur Geltung zu bringen; 2/ die verwaltungsmässige Durchführung ist zu verbessern; und 3/ sind die Voraussetzungen für die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Dienstplätzen zu ermöglichen.

Sie bleiben ferner dabei; daß 1/ der Dienst der anerkannten Kriegsdienstverweigerer in Zivildienst umbenannt wird; 2/ die Zivildienstpflichtigen vorrangig im sozialen Bereich eingesetzt werden; 3/ beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung ein Beirat gebildet wird, dem auch Zivildienstleistende angehören werden; 4/ die Dienstleistenden in Lehrgängen in ihren Dienst eingeführt werden; und 5/ den Zivildienstleistenden entsprechend den Beförderungsmöglichkeiten bei der Bundeswehr eine höhere Besoldung ermöglicht wird.

Die Koalitionsfraktionen werden alles daran setzen, daß ihr Gesetzentwurf im Interesse einer Dienstgerechtigkeit für alle Dienstpflichtigen alsbald verabschiedet wird.

(-/19.2.1973/ks/ex)

+ + +

Nach den medienpolitischen Artikeln des Hamburger Innensenators Heinz Ruhau und des NRW-Justizministers Dr. Diether Posser bringen wir den folgenden Diskussionsbeitrag.

Zur Diskussion um die Presse

Nicht ideologischer Streit, praktisches Handeln ist nötig

Von Eugen Stotz

Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier

Es mag seine Reize haben, die Lage der bundesdeutschen Presse aus allen möglichen Perspektiven und unter den verschiedenartigsten Aspekten zu betrachten und sich, weil es schließlich ja auch modern ist, mit seinen Erkenntnissen und entsprechenden Forderungen an der medienpolitischen Diskussion zu beteiligen. Niemand kann das Recht abgesprochen werden, mitzudiskutieren - sei er nun Journalist oder Abgeordneter eines Parlaments oder Verleger, dem es um die Verteidigung alter Privilegien geht, oder einfach ein schlichter Bundesbürger. Die Medienpolitik hat alle auf den Plan gerufen, und es vergeht kaum ein Tag, an dem zum Thema nicht irgendetwas nicht mehr ganz Neues, vielleicht sogar etwas Absurdes hinzugefügt wird.

Man sollte die Wald- und Wiesen-Diskussion allmählich beenden und daran gehen, praktische Lösungen für die längst klar erkannten und seit Jahren dringlich auf Abhilfe wartenden Probleme zu finden oder, noch besser, die ebenfalls seit geraumer Zeit gefundenen Lösungen realisieren. Es kann heute nicht mehr darauf ankommen, immer weiter darüber zu reden, welche Gefahren sich aus der Konzentration und regionaler Monopolbildung der Presse für Informationsvielfalt und Meinungsfreiheit ergeben; es kommt vielmehr darauf an, irgendetwas zu tun, solange die Konzentrationsprozesse noch nicht weitergetrieben sind und die Monopole die Meinungsfreiheit nicht völlig erstickt haben. Es ist Zeit, endlich zu handeln.

Als lähmend und hinderlich für rasche pragmatische Lösungen erweist sich mehr und mehr die ideologische Überhöhung der allgemeinen Diskussionen. Solange man noch darüber streitet, ob man den privatkapitalistischen Verleger aus der publizistischen Verfügung über den Inhalt der Presse vordrängen kann und soll, und ob der Bürger und Leser besser fährt, wenn nur noch die Journalisten in

der Redaktion das Sagen haben, solange wird man kaum bereit sein, etwa eine Fusionskontrolle und eine Anmeldepflicht für Kooperationen gesetzlich einzurichten. Doch genau darauf käme es jetzt an; bis der Grundsatzstreit entschieden und eine solide Mehrheit für systemverändernde Reformen gefunden ist, wird es weitere unkontrollierte Fusionen und Konzentrationen geben.

Und weiter: Der Gesetzgeber sollte den Entschluß fassen, ohne Warten auf den Ausgang der ideologischen Grundsatzdebatte etwas für die Erhaltung der Presse in ihrer derzeitigen Struktur zu tun. Maßnahmen, wie sie etwa kürzlich der Bund der Deutschen Zeitungsverleger in einem Memorandum vom Staat zur Sicherung der Presse gefordert hat, sollten trotz der in ihnen enthaltenen Problematik rasch geprüft und möglichst umgehend realisiert werden, wenn technische und sachliche Bedenken ausgeräumt sind. Es hat keinen Sinn, auch dies alles zu vertagen, bis man in der medienpolitischen Grundsatzdebatte zu einem Abschluß gelangt ist. Eingegangene Zeitungen, für die die Postgebühren und die Umsatzsteuern zu hoch waren, wird man auch mit dem besten Medienprogramm nicht mehr zum Leben erwecken können: Man muß etwas für ihre Erhaltung tun, solange es sie noch gibt.

Die Lage der Presse in der Bundesrepublik ist heute zu ernst, als daß man tatenlos, doch diskutierfreudig beiseitestehen dürfte. Im Mittelpunkt der Überlegungen sollte nicht die Frage stehen, auf welche Weise und wann die privatwirtschaftliche Struktur beseitigt werden kann, sondern ob und wie trotz der derzeitigen privatwirtschaftlichen Strukturen das öffentliche und gesellschaftliche Interesse am Fortbestand einer leistungsfähigen und vielseitigen Presse durch gezielte Maßnahmen zu demonstrieren ist.

Übrigens hätte die Hilfe des Gesetzgebers zwangsläufig zur Folge, daß die privatwirtschaftlichen und privatrechtlichen Formen der Presse modifiziert würden; zwar nicht nach maximalen ideologischen Positionen, aber wohl umso wirkungsvoller durch die Fakten des unerlässlich Notwendigen. Es würde sich zweifellos, und ohne den mörderischen Prinzipienstreit, eine der Privatinitiative gleichermaßen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasste neue Struktur entwickeln, die den Vorzug vor allen am Schreibtisch ausgetüftelten und in Diskussionszirkeln ausgehandelten Lösungen hätte, den Anforderungen der Praxis zu entsprechen.

Noch einmal: Der ideologische Streit um Extrempositionen ist müßig und zugleich schädlich. Er verhindert das rechtzeitige Handeln und baut Fronten zwischen den Lagern auf, wo es richtiger und wichtiger wäre, im gemeinsamen Interesse gemeinsam zu Lösungen zu kommen.

(-/19.2.1973/ks/ee)